



Statement von Barbara Eschen, Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz zur Debatte um den Aufnahmestopp der Essener Tafel

Pressekonferenz am 6. März 2018

Schluss mit der Entsolidarisierung in Deutschland! Wohnungslose, in Altersarmut Lebende, prekär Beschäftigte, Geflüchtete, Alleinerziehende und Erwerbslose – alle in Armut lebenden Menschen leiden unter einer ungerechten Politik, die Reiche entlastet und Armut nicht bekämpft.

Solidarität muss wieder zum Grundpfeiler der Demokratie werden. An die Stelle von Angst und Unsicherheit müssen Mut und Tatkraft treten. Das ist die politische Verantwortung der neuen Bundesregierung.

Als erste Schritte zu einem gerechteren Deutschland fordern wir:

- Einen ausreichenden Regelsatz in der Grundsicherung
- genug sozialen Wohnungsbau
- Schluss mit der Benachteiligung von Alleinerziehenden
- gute Arbeit statt prekäre Beschäftigung
- eine gerechte Kindergrundsicherung statt Bevorzugung reicher Familien.

Die ständige Kontrolle und Bestrafung durch Ämter ist respektlos und demütigend. Die existenzbedrohlichen Sanktionen beim Regelsatz müssen abgeschafft werden.

Das ist eine verkehrte Welt: Die Politik, die jahrelang zum Sozialabbau beigetragen hat, beklagt heute die Entsolidarisierung. Denn nicht Flüchtlingsströme verursachen die Probleme, sondern eine verfehlte Sozialpolitik, die schon seit vielen Jahren Menschen zu Tafeln treibt. Tafeln können aber nicht Ausputzer der Nation sein.

Soziale Ungleichheit, Wohnungsnot, Wohnungslosigkeit, ein unsicheres Existenzminimum, Altersarmut und eine mangelhafte Absicherung von Alleinerziehenden haben sich seit Mitte der 90er Jahre verschärft. Sozialpolitische Reformen hatten seitdem primär ein Ziel: Einsparung, nicht aber die Situation der von Armut Betroffenen wesentlich zu verbessern.

Statt besser in Arbeit zu vermitteln und auskömmliche Arbeit zu fördern, wurde der Druck auf Leistungsbeziehende erhöht, das Hilfesystem zu verlassen.

Sanktionen gegen Leistungsberechtigte in der Grundsicherung gehen bis zur Vernichtung der persönlichen Existenz.

Der soziale Wohnungsbau wurde kaputt gespart und die Versorgung mit Wohnraum dem Spiel des freien Marktes überlassen – mit der Folge, dass Gentrifizierung und Verteuerung von Wohnraum heute in den Großstädten normal geworden sind.

Die Verteilung von Einkommen und Vermögen ist stetig ungleicher geworden. Der Anteil der Reichsten 10 % am Gesamteinkommen und Vermögen ist deutlich gestiegen, der der unteren 20 % gesunken- so auch die Befunde des 5. Armuts- und Reichtumsberichtes.

Und: Die Sparwut traf auch Migrant*innen. Nach den kriegerischen Auseinandersetzungen in Bosnien und dem Kosovo neu aufgebaute Hilfeangebote für Geflüchtete, wurden bald sukzessive wieder abgebaut. Das Asylrecht wurde faktisch immer weiter eingeschränkt.

2015 wurde dann bei steigenden Flüchtlingszahlen und der Frage, ob Flüchtlinge aktiv, polizeilich oder sogar militärisch an den deutschen Grenzen abgewehrt werden sollen, doch vorübergehend humanitär und im Sinne einer Aufnahme entschieden. Richtig so. Für diese Menschen stand dann aber kein funktionierendes Hilfesystem mehr zur Verfügung. Dies führte zu Engpässen und einer Situation, die wie unvorhergesehen und außerplanmäßig erschien. Politik und Verwaltungen schienen vielfach überfordert.

Es ist aber kein Tsunami über Deutschland hereingebrochen, sondern es sind Menschen gekommen. Wo aber der Wohnungsmarkt aus Profitgründen verknappt und das Existenzminimum unter Sanktionsvorbehalt gestellt ist, ist wenig Spielraum für weitere Hilfen. Das liegt eben weniger an den Fluchtbewegungen, sondern am langjährigen sozialpolitischen Versagen des Staates.

Und jetzt geht es darum, den ohnehin bestehenden **Nachholbedarf** der sozialen Infrastruktur zu decken.

Das braucht Steuermittel und Entscheidungsfreude der Politik.

Entscheidungsfreude auf Bundesebene für eine Steuergerechtigkeit zugunsten der Armen. Es braucht mehr Steuergelder in den Bereichen Existenzsicherung, Wohnen, Bildung, Arbeit, Gesundheit.

Entscheidungsfreude in Ländern und Kommunen bei Stadtplanung und Bildungspolitik zugunsten der Armen. Es braucht gut ausgestattete soziale Einrichtungen, Schulen, Kitas und sozialen Wohnungsbau auch da, wo er Wohlhabenden den Blick verstellt.

Politik muss endlich zugunsten der von Armut betroffenen – ob sie länger oder kürzer bei uns leben - entscheiden.

Wir brauchen wieder eine gleichermaßen langfristig und verantwortlich angelegte Migrations- und auch Sozialpolitik. **Wir brauchen den Mut und Tatkraft zu echter Solidarität aller.**